



Forsa-Umfrage für Multipolar: 19 Prozent hatten Impfnebenwirkung, 40 Prozent fordern Untersuchungsausschuss

Laut einer repräsentativen Umfrage im Auftrag von Multipolar und der Neuen Osnabrücker Zeitung hat die Zahl der Kritiker der Coronamaßnahmen stark zugenommen – offenbar auch durch die Veröffentlichung der RKI-Protokolle. Die Zahl der Impfnebenwirkungen ist laut der Umfrage um Dimensionen größer, als bislang erklärt. 40 Prozent der Befragten fordern nun einen Untersuchungsausschuss, 29 Prozent juristische Ermittlungen gegen die verantwortlichen Politiker.

PAUL SCHREYER, 15. Oktober 2024, 0 Kommentare

Laut einer Anfang Oktober durchgeführten Umfrage des Meinungsforschungsinstituts Forsa sind 40 Prozent der Deutschen der Meinung, dass die Grundrechtseinschränkungen während der Corona-Zeit zu weit gingen. Im Osten sagt das sogar eine Mehrheit von 51 Prozent. Bislang wurden niedrigere Zahlen berichtet. So ergab eine Umfrage im April dieses Jahres, dass lediglich 31 Prozent der Befragten die Maßnahmen rückblickend für unangemessen hielten.

Meinungen zu den Einschränkungen während der Corona-Zeit

Die vielfältigen Einschränkungen auch von einigen Grundrechten während der Corona-Zeit waren richtig und verhältnismäßig

ja

nein,
sie gingen zu weit

%

%

		ja	nein, sie gingen zu weit
		%	%
insgesamt		58	40
Ost		48	51
West		60	38
Anhänger der/des	SPD	66	32
	Grünen	73	24
	FDP	46	50
	CDU/CSU	69	30
	AfD	20	79
	BSW	41	59

an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“

Mitverantwortlich für die deutliche Zunahme der Kritik ist offenbar die Veröffentlichung der RKI-Protokolle. Laut der aktuellen Umfrage wissen zwar immer noch nur 28 Prozent der Deutschen von diesen Protokollen, doch fast die Hälfte von diesen, 12 Prozent aller Befragten, sehen die Maßnahmen, seit sie von den Protokollen erfahren haben „jetzt kritischer“. Hochgerechnet acht Millionen Bürger sind demnach durch die Kenntnis der Dokumente skeptischer geworden (nimmt man die erwachsene Bevölkerung als Bemessungsgrundlage, die ungefähr 80 Prozent der Gesamtbevölkerung und damit 67 Millionen ausmacht). Auch bei den Anhängern der Grünen – welche die Maßnahmen weiterhin am stärksten befürworten – sind mehr als ein Drittel derjenigen, die von den RKI-Protokollen gehört haben, nun kritischer.

Bekanntheit der Protokolle des RKI-Krisenstabs

Über den Inhalt der Protokolle des RKI-Krisenstabs während der Corona-Pandemie haben etwas gehört oder gelesen

ja

... und es bewerten die Maßnahmen während der Corona-Pandemie jetzt kritischer

%

%

insgesamt		28	12
Ost		22	10
West		29	12
Anhänger der/des	SPD	31	9
	Grünen	34	12
	FDP	21	7
	CDU/CSU	23	8
	AfD	46	25
	BSW	25	18

90 Prozent der Befragten haben eine Corona-„Impfung“ erhalten. Das deckt sich mit den Zahlen des RKI, wonach 87 Prozent der Menschen ab 18 Jahre in Deutschland mindestens eine Injektion mit den mRNA-Präparaten erhielten. Ein methodischer Hinweis: Die im Folgenden präsentierten Prozentzahlen zu Impfnebenwirkungen beziehen sich auf die Gesamtmenge aller Befragten, auch der Ungeimpften. Da aber nur 90 Prozent der Befragten geimpft waren, müssen diese Prozentwerte mit dem Faktor $1/0,9$ – also 1,1 – multipliziert werden um eine korrekte Bezugsgröße der Anzahl der Nebenwirkungen auf die Zahl der Geimpften zu erhalten.

17 Prozent aller Befragten (19 Prozent der Geimpften) berichten von einer Nebenwirkung nach der Impfung. Dieses Ausmaß steht in starkem Kontrast zu den Aussagen des Paul-Ehrlich-Instituts (PEI), nach dessen letztem veröffentlichten Sicherheitsbericht vom März 2023 lediglich „1,77 Verdachtsfallmeldungen auf 1.000 Impfungen“ registriert wurden, also 0,177 Prozent. Da die meisten Menschen mehrere Impfungen erhalten haben (im Durchschnitt drei), liegt die Quote pro Geimpftem entsprechend höher, wird vom PEI aber nicht separat ausgewiesen. Die Quote beruht auf den mehr als 300.000 Verdachtsfallmeldungen, die beim PEI im Rahmen des Spontanmeldesystems eingegangen sind. Sie stammen zum einen von Ärzten, zum anderen aber auch direkt von den Betroffenen. In welchem Verhältnis Ärzte und Betroffene Nebenwirkungen meldeten, hat das PEI nicht veröffentlicht. Die Behörde erklärt: „Meldungen über den Verdacht einer Nebenwirkung aus der Spontanerfassung sind zumeist nicht geeignet, einen ursächlichen Zusammenhang zwischen einer gemeldeten unerwünschten Reaktion und der Gabe eines Impfstoffes herzustellen.“

Paul-Ehrlich-Institut überfordert mit Auswertung

Allerdings war das PEI nach eigener Aussage mit der Auswertung der Verdachtsfälle aufgrund von deren Anzahl völlig überfordert. Das ZDF berichtete bereits im Juni 2021 dass die Daten von 500.000 Bürgern, die Nebenwirkungen über eine Smartphone-App des PEI („SafeVac“) gemeldet hatten, „zunächst nur erhoben – aber noch nicht ausgewertet und veröffentlicht“ wurden, da die Behörde durch die Masse der Meldungen vollkommen überlastet sei. Das PEI äußerte damals, „die Aufbereitung von Zwischenergebnissen für die wissenschaftliche Veröffentlichung für das Fachpublikum in einem Fachmagazin“ befinde sich „weiterhin in der Vorbereitung“. Bis heute, mehr als drei Jahre später, ist keine solche Auswertung publiziert worden.

Brigitte Keller-Stanislawski, in der Corona-Zeit Leiterin der Abteilung für Arzneimittelsicherheit am PEI, erklärte vor dem Brandenburger Corona-Untersuchungsausschuss im September 2023 ebenfalls, dass man mit der Überprüfung nicht hinterhergekommen sei. Die IT-Struktur der App sei auf die Masse an Meldungen nicht vorbereitet gewesen sei. Daten von hunderttausenden Meldungen seien unbearbeitet geblieben.



Brigitte Keller-Stanislawski vor dem Brandenburger Corona-Untersuchungsausschuss im September 2023 | Foto: Tom Lausen

Vor wenigen Wochen teilte das PEI mit, nun eine Studie zu beginnen, um die Forschung zur Sicherheit mRNA-Präparate „weiter zu vertiefen“. Dazu müssten aber – mehr als drei Jahre nach Beginn der Impfkampagne – „noch einige datentechnische und methodische Hürden überwunden werden“. Kritiker sprechen in diesem Zusammenhang von „Arbeitsverweigerung“ der Behörde. Klar ist ein massiver Interessenkonflikt: Da das PEI auch für die Zulassung der mRNA-Präparate zuständig war, würde sein Eingeständnis außerordentlich vieler Impfnebenwirkungen ein gravierendes Fehlverhalten bei der Zulassung nahelegen. Ehrgeiz bei der Erfassung der Meldungen kann strukturell nicht im Interesse der Behörde liegen.

4 Prozent mit ärztlich bestätigter Nebenwirkung

Die 17 Prozent der Befragten (19 Prozent der Geimpften), die in der Forsa-Umfrage eine Nebenwirkung angegeben haben, gliedern sich folgendermaßen auf: 10 Prozent der Befragten (11 Prozent der Geimpften) suchten keinen Arzt auf, 7 Prozent der Befragten (8 Prozent der Geimpften) hingegen veranlassten die Beschwerden offenbar zu einem Arztbesuch. 4 Prozent aller Befragten bestätigte der Arzt eine Impfnebenwirkung. Diese Zahl deckt sich mit den

„circa 4 bis 5 Prozent der geimpften Menschen wegen Impfnebenwirkungen in ärztlicher Behandlung“, von denen Krankenkassenchef Andreas Schöfbeck auf Grundlage seiner eigenen Versichertendaten Anfang 2022 öffentlich sprach – und danach fristlos gekündigt wurde.

Schöfbeck hatte diese Zahl damals dem PEI, der STIKO und der Bundesärztekammer in einem Warnbrief gemeldet, den Multipolar und die WELT gemeinsam veröffentlichten. Das Bundesgesundheitsministerium wehrte die Daten damals als „unseriös“ ab, die Tagesschau bezeichnete sie als „fragwürdig“. Ärztefunktionär Dirk Heinrich nannte Schöfbeck's warnenden Appell seinerzeit „kompletten Unfug“. Schöfbeck hatte von einer „erheblichen Untererfassung der Impfnebenwirkungen“ gesprochen und als Grund vermutet, dass keine Vergütung für die Meldung von Nebenwirkungen bezahlt wird und deshalb eine solche Meldung an das PEI „wegen des großen Aufwandes vielfach unterbleibt“. Ergänzend zu nennen ist sicherlich der Interessenkonflikt, dass ein Arzt, der selbst Patienten geimpft hat, indirekt auch eigene Fahrlässigkeit beim Verabreichen der Injektionen einräumen würde, wenn er überdurchschnittlich viele Verdachtsfälle auf Impfnebenwirkungen meldet.

Neben den 4 Prozent, denen vom Arzt eine Impfnebenwirkung bestätigt wurde, berichten 3 Prozent aller Befragten, dass der Arzt keine solche Bestätigung gab. Brisant dabei: Zwei Drittel dieser 3 Prozent geben auf Nachfrage an, mit der Meinung ihres Arztes nicht einverstanden zu sein.

Verträglichkeit der Corona-Impfungen

		Die Corona-Impfungen haben alles in allem gut vertragen				Es haben keine Impfung erhalten
		ja	nein, es gab vom Arzt bestätigte Nebenwirkungen	nicht bestätigte Nebenwirkungen	ein Arzt wurde nicht aufgesucht	
		%	%	%	%	%
insgesamt		73	4	3	10	10
Ost		67	5	3	9	16
West		74	4	3	10	9
Anhänger der/des	SPD	87	3	1	8	1
	Grünen	86	4	3	4	3
	FDP	66	4	3	19	8
	CDU/CSU	80	4	1	10	5
	AfD	40	7	3	15	35
	BSW	51	15	8	13	13

Von den drei Prozent der Befragten, denen die Nebenwirkungen von ihrem Arzt nicht bestätigt wurden, waren zwei Drittel mit der Meinung ihres Arztes nicht einverstanden.

Bei der Frage der Impfungen gibt es je nach Parteianhängerschaft erhebliche Unterschiede. So ist nur 1 Prozent der SPD-Anhänger ungeimpft, 3 Prozent der Grünen- und 5 Prozent der CDU/CSU-Anhänger, jedoch 13 Prozent der BSW-Sympathisanten und sogar 35 Prozent der AfD-Anhänger. Letztere beiden Gruppen berichten auch in massiv stärkerer Zahl von Impfnebenwirkungen. Das könnte entweder so interpretiert werden, dass sie aufgrund ihrer Skepsis gegenüber den mRNA-Präparaten unkritischer gegenüber anderen möglichen Ursachen sind und schneller

andere Krankheiten als Impfnebenwirkung einordnen – oder es könnte bedeuten, dass sie Nebenwirkungen tatsächlich aufmerksamer zuordnen. Anders gesagt: Da beispielsweise SPD-Anhänger von Beginn an der Impfung nahezu vollständig positiv gegenüberstanden, führen sie eigene Erkrankungen wahrscheinlich auch in weit geringerem Maß auf die mRNA-Injektionen zurück, kommen also gar nicht erst auf die Idee eines Zusammenhangs. Dennoch berichten immerhin auch 3 Prozent der SPD-Anhänger von einer ärztlich bestätigten Impfnebenwirkung (AfD: 7, BSW: 15).

35 Prozent kennen persönlich Menschen mit schwerer Nebenwirkung

Explosiv ist noch eine andere Zahl: 35 Prozent aller Befragten berichten, persönlich jemanden zu kennen, bei dem nach den mRNA-Injektionen schwere Nebenwirkungen aufgetreten sind. Dies räumen auch 20 Prozent der Anhänger der Grünen ein (BSW: 55, AfD: 70). Jedem Dritten in Deutschland ist es heute demnach zweifelsfrei bewusst, dass die Impfung alles andere als risikolos ist – entgegen nahezu sämtlicher Beteuerungen zu Beginn der Impfkampagne.

Bekanntheit von Personen mit schweren Nebenwirkungen nach der Corona-Impfung

Es kennen persönlich jemanden, bei dem nach einer Corona-Impfung schwere Nebenwirkungen aufgetreten sind

		%
insgesamt		35
Ost		38
West		34
Anhänger der/des	SPD	30
	Grünen	20
	FDP	25
CDU/CSU		30
AfD		70
BSW		55

Laut der Umfrage fordern nun 40 Prozent der Deutschen die Einsetzung eines Corona-Untersuchungsausschusses des Bundestages. Die größte Gegnerschaft hierzu findet sich bei den Anhängern von CDU/CSU und SPD. 29 Prozent sind zudem der Meinung, dass juristische Ermittlungen mit entsprechenden Konsequenzen gegen die verantwortlichen Politiker eingeleitet werden sollten.

Meinungen zu einem Corona-Untersuchungsausschuss

Einen Untersuchungsausschuss des Bundestages zur Aufarbeitung der Corona-Zeit halten für erforderlich

ja

nein

%

%

		ja	nein
		%	%
insgesamt		40	58
Ost		43	54
West		40	58
Anhänger der/des	SPD	33	66
	Grünen	43	56
	FDP	54	43
	CDU/CSU	31	67
	AfD	62	37
	BSW	45	55

an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“

Juristische Ermittlungen gegen die für die Entscheidungen während der Corona-Pandemie verantwortlichen Politiker?

Gegen die während der Corona-Pandemie für die Entscheidungen verantwortlichen Politiker sollten juristische Ermittlungen mit entsprechenden Konsequenzen eingeleitet werden

ja	nein, das halten nicht für erforderlich
%	%

insgesamt		29	68
Ost		33	62
West		28	69
Anhänger der/des	SPD	23	74
	Grünen	20	76
	FDP	29	71
	CDU/CSU	19	78
	AfD	73	23
	BSW	50	45

an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“

Zum Hintergrund dieser Umfrage: Im Zeitraum vom 7. bis 8. Oktober wurden 1.000 Personen befragt. Die statistische Fehlertoleranz gibt Forsa mit 3 Prozentpunkten an. Anmerkung: Multipolar hatte bereits im Mai mehrere Umfrageinstitute angefragt. Forsa, Allensbach und Insa antworteten damals nicht und ignorierten die Bitte um ein Angebot (bei der das beabsichtigte Fragethema noch nicht genannt worden war). Infratest dimap reagierte damals als einziges Institut, sagte jedoch ab: es sei „aus Kapazitätsgründen leider nicht möglich“ für Multipolar eine Umfrage durchzuführen. Auf Nachfrage, zu welchem Zeitpunkt voraussichtlich wieder Kapazität frei wäre, kam keine weitere Antwort. Wir wandten uns daraufhin an die Neue Osnabrücker Zeitung, die in diesem Jahr bereits einen [Multipolar-Beitrag](#) per Lizenz [übernommen](#) hatte. Chefredakteur Burkhard Ewert war zu einer Kooperation mit Multipolar bereit und beauftragte Forsa – was nun ohne Probleme funktionierte.

Weitere Artikel zum Thema:

- **Geburtenrückgang, Totgeburten und Impfung: Offene Fragen** (Jana Kerac, 23.9.2024)

- **„Wie ein Schweigekartell“: Covid-19-Impfschäden werden kaum gemeldet** (Camilla Hildebrandt, 18.9.2024)
- **Potenzielle Impfschäden: Eine Fallserie** (Carl Metzner, 16.9.2024)
- **Geleakte Impfdaten aus Neuseeland: Unterschiedliche Sterberaten je Charge** (Karsten Montag, 10.1.2024)
- **„Diesen Stein will keiner ins Rollen bringen“** (Interview mit Florian Schilling, 8.11.2023)
- **Strüngmann, Sahin, Biontech: Wer hat wie viel mit den Corona-Injektionen verdient?** (Karsten Montag, 29.9.2023)
- **Sterblichkeit und Impfung: amtliche britische Zahlen zeigen eine Katastrophe** (Florian Schilling, 10.3.2023)
- **Bedingt wirksam mit negativen Folgen** (Karsten Montag, 1.3.2023)
- **Kriminelles Behördenversagen: STIKO und Paul-Ehrlich-Institut ignorieren Nachweis der Schädigung von Kindern und Jugendlichen** (Karsten Montag, 19.3.2022)
- **Der Anstieg der Todesfälle im zeitlichen Zusammenhang mit den Impfungen: Ein Sicherheitssignal wird ignoriert** (Christof Kuhbandner, 21.2.2022)